



Büro des Oberbürgermeisters 48127 Münster

Münster, 23.11.2021

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Lewe,

in den *Westfälischen Nachrichten* vom Freitag letzter Woche war zu lesen, dass Sie dafür plädieren, den Druck auf Ungeimpfte zu erhöhen.

Das hat uns, den Wahlverein Westfalen, besorgt und irritiert. Wir sind ein Zusammenschluss politisch interessierter und engagierter Bürger, unsere Mitglieder sind in unterschiedlichen Berufsfeldern und Gesellschaftsschichten beheimatet, es sind nichtgeimpfte wie geimpfte Personen darunter. Was uns verbindet, ist Dialogbereitschaft, Respekt vor anderen Meinungen und die Bemühung um Erkenntnis. Soweit unser je subjektives Gedächtnis in der bundesrepublikanischen Geschichte zurückreicht, können wir keine vergleichbare Situation erinnern, in der die politisch Verantwortlichen die Bevölkerung in einer solchen Weise adressierten und man ganz offen dafür plädierte, direkten Druck auf mündige Bürger auszuüben, um ihnen eine Verhaltensänderung abzunötigen. Auch ist uns nicht in Erinnerung, dass ballistische Kommunikationsstrategien benutzt worden wären, mittels derer man einen Teil der Bevölkerung gegen einen anderen zu mobilisieren suchte. Besonders heikel ist hier die Tatsache, dass in der vorliegenden Situation in die Sphäre der grundrechtlich geschützten körperlichen Unversehrtheit und individuellen Gesundheit hinein mobilisiert wird.

Wir möchten daher an dieser Stelle an den Wortlaut des Nürnberger Kodex, hervorgegangen aus der Urteilsverkündung im Nürnberger Ärzteprozess 1947 und seither medizinethisches Fundament, erinnern. Dort heißt es: „Die freiwillige Zustimmung [zu einem medizinischen Eingriff] ist unbedingt erforderlich. Das heißt, dass die betreffende Person im juristischen Sinne fähig sein muss, ihre Einwilligung zu geben; dass sie in der Lage sein muss, **unbeeinflusst durch Gewalt, Betrug, List, Druck, Vortäuschung, oder irgendeine andere Form der Überredung oder des Zwanges**, von ihrem Urteilsvermögen Gebrauch zu machen.“

In einer aktuellen Ausgabe der medizinischen Fachzeitschrift *The Lancet* appellierte kürzlich der Verfasser des Artikels „Covid-19: stigmatising the unvaccinated is not justified“ an die Entscheidungsträger, die öffentliche Stigmatisierung Ungeimpfter, welche nicht auf einer medizinischen Grundlage basiert, zu beenden, und erinnerte an das historische Erbe von Staaten wie Deutschland und den USA im Zusammenhang mit der Stigmatisierung von Bevölkerungsgruppen. Diesem Appell können wir uns nur anschließen. Bitte nehmen Sie gerade jetzt in der Adventszeit Ihre Verantwortung wahr, um bereits bestehende Gräben nicht weiter zu vertiefen, sondern vielmehr zu schließen und Spaltungstendenzen sowie Ausgrenzung und Diskriminierung den Nährboden zu entziehen. Die Lage ist ernst. Besonders für diejenigen, die derzeit Adressaten der Ausgrenzung sind, nachdem für sie medial die Sündenbockrolle vorbereitet worden ist. Ihnen werden Egoismus und Rücksichtslosigkeit unterstellt. Aber richtet sich der Egoismus nicht selbstredend stets auf die individuelle Nutzenmaximierung? Angesichts all der Nachteile, die Ungeimpfte derzeit in Kauf zu nehmen haben, kann von Nutzenmaximierung jedoch wohl kaum die Rede sein. Wieso entscheiden sie sich dennoch so, wie sie es tun? Darüber sind wir im Wahlverein Westfalen miteinander im Gespräch. Und wir würden uns wünschen, dass auch Politiker in aller Offenheit diese Frage stellen – und den Mut für eine ehrliche Antwort aufbringen.

Mit freundlichen Grüßen

Wahlverein Westfalen